

Der Holzarbeiter

Organ des Zentralverbandes christlicher Holzarbeiter.

Nr. 13

Köln, den 27. März 1931

32. Jahrg.

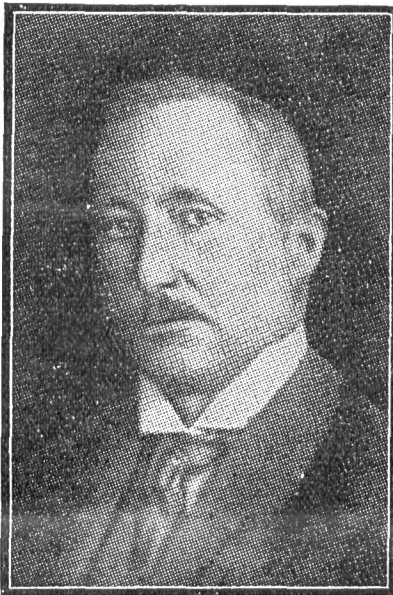
Eine Trauerbotschaft.

Der Herr über Leben und Tod hat einen unserer Besten in ein besseres Jenseits abberufen. Karl Jansen, Berlin, starb am Morgen des 20. März. Die Nachricht von seinem Tode löste bei allen seinen Freunden, ja in der ganzen christlichen Gewerkschaftsbewegung, herzliche Anteilnahme und Trauer aus. Nach längerer, schwerer Krankheit, die ihn kurz vor Ende des verfloßenen Jahres mit aller Heftigkeit befiel, ist Jansen nun an deren Folgen gestorben. Geboren am 8. November 1881 zu Annen i. W., hat er nicht ganz fünfzig Lebensjahre erreicht. In der Vollkraft seiner Mannesjahre wurde er von seinem Schöpfer aus seiner wichtigen und bedeutenden Tätigkeit im Dienste der Arbeiterbewegung abberufen.

Trauernd stehen wir an der Bahre dieses Mannes, der seine ganze Kraft hingab an die Aufgabe, der Arbeiterschaft den ihr gebührenden Platz innerhalb der politischen und wirtschaftlichen Ordnung zu erkämpfen und dessen Arbeit für die christliche Arbeiterbewegung von besonderer Bedeutung war. Karl Jansen, der mehr wie 10 Jahre lang als Schriftleiter des Zentralblattes der christlichen Gewerkschaften verantwortlich zeichnete, war einer der markantesten Repräsentanten der Gesamtbewegung. Für uns war er nicht nur das, er war mehr, er war uns Freund, er war einer der Unsrigen. Von Beruf Schreinergehilfe, gehörte er seit 1900 unserem Verbands als Mitglied an, war also kurz nach der Gründung des Verbandes eingetreten und blieb uns während dreier Jahrzehnte in treuer Freundschaft verbunden. Den größten Teil seiner verdienstvollen Wirksamkeit, rund 17 Jahre, widmete er als Gewerkschaftler mit seinen hervorragenden Kräften unserem Zentralverband christlicher Holzarbeiter. Am 1. Oktober 1904 trat er hauptamtlich in die Dienste unseres Verbandes und übernahm die Redaktion unseres Verbandsorgans. Für diese Tätigkeit brachte er trotz seiner damaligen Jugend — er war kaum 23 Jahre alt — nicht nur den besten Willen, sondern auch eine ausgezeichnete Begabung und Veranlagung mit. 17 Jahre lang beeinflusste er maßgeblich die geistige Haltung unseres Verbandes, und seine journalistische Tätigkeit hat sehr wesentlich mit beigetragen zur Befestigung der christlichen Gewerkschaftsidee in den Reihen der Holzarbeiter und zur Ausbreitung unseres Verbandes.

Aber nicht nur als Schriftleiter hat Jansen seine außerordentlich vielseitige Befähigung zur Verfügung gestellt. Wenn auch seine Haupttätigkeit immer das Gebiet der Presse war, so hat er doch auch in agitatorischer und organisatorischer Hinsicht mit Feuereifer und nie erlahmender Schaffensfreude seine Aufgabe zu erfüllen gewußt. Im Jahre 1920 erging an ihn der Ruf zur Übernahme der Schriftleitung des Zentralblattes der christlichen Gewerkschaften. Hier, auf einem größeren Tätigkeitsfeld, hat er, wie vordem in unserem Verbandsorgan, an der Verbreitung und Vertiefung der christlichen Gewerkschaftsidee rastlos gewirkt. Sein Verdienst war es mit, wenn unsere Bewegung, insbesondere in der Nachkriegszeit, in so erfreulichem Maße gewachsen ist, wenn unsere Bewegung weit über ihre

zahlenmäßige Bedeutung hinaus an Einfluß auf allen Gebieten und an Ansehen in allen Kreisen und Gruppen gewonnen hat. Weit über den Kreis der eignen Anhänger und der befreundeten Organisationen hinaus war er angesehen und geachtet. Trotz seiner mit Entschiedenheit vorgetragenen und scharf betonten gewerkschaftlichen Überzeugung Andersdenkenden gegenüber und trotz seiner besonders in der Polemik scharfen und treffenden Schlagfertigkeit wirkte er nie verletzend, sondern wahrte immer noch einen verhältnismäßigen Ton. Das trug ihm Vertrauen und Verehrung seiner Freunde und selbst die Wertschätzung der Gegner ein.



In ihm verkörperte sich ein großes Stück Geschichte der christlichen Gewerkschaftsbewegung im allgemeinen und unseres Verbandes im besonderen. Als Vortragender bei Kundgebungen, Kongressen und in Versammlungen, als Lehrer bei unzähligen Bildungsveranstaltungen der christlichen Gewerkschaftsbewegung in allen Gauen und Bezirken des Vaterlandes, hat Jansen mehr als seine Pflicht getan. Noch auf der letzten Generalversammlung unseres Verbandes im vorigen Jahre in Königswinter weilte er unter uns und hatte das Haupt- und Abschlußthema der Tagung übernommen. Schon damals trug er den Keim der Krankheit in sich, doch seine eiserne Willenskraft und Energie ließ ihn Beschwerden gering achten und die einmal übernommene Aufgabe rastlos durchführen. Pflichteifer war einer der hervorragenden Charakterzüge des nunmehr verstorbenen Freundes, dessen Denken und Fühlen in ganz besonderer Weise von der Idee, der er diene, erfüllt war.

Seine wertvollen menschlichen Eigenschaften alle aufzuzählen geht nicht an. In den Kreisen der Holzarbeiter hatte sein Name immer einen guten Klang, und alle in führender Stellung tätigen Kollegen waren ihm in treuer Freundschaft verbunden. Aber weit über den Kreis der Holzarbeiter hinaus, ja in der gesamten christlichen Gewerkschaftsbewegung galt er wegen seines klaren Urteils, seiner umfassenden Kenntnisse, wegen seines Wissens um die Grundlagen der Bewegung und seines lautereren Charakters als Mensch und als Führer. Sein Name wurde überall nur mit Achtung und warmer Freundschaft genannt.

Einen großen, herben Verlust hat die christliche Gewerkschaftsbewegung durch den Heimgang Jansens erlitten. Trauer und Wehmut erfüllt uns am Grabe des allzufrüh Dahingegangenen, den wir in der Folge sicher schmerzlich vermissen. Ein letzter Liebesdienst zu tun bleibt übrig: Wir geben der Erde wieder, was sie sterblich war an Karl Jansen, und widmen seiner Seelenruhe ein stilles Gebet. Sein Geist, seine überzeugungstreue Hingabe an die Bewegung aber soll uns immer gegenwärtig sein. Ihn, als Vorbild unentwegter gewerkschaftlicher Pflichterfüllung, wollen wir nacheifern und sein Andenken so stets bei uns lebendig erhalten. Möge ihm die Erde leicht sein!

Sozialpolitik in der Krise?

In Heft 6/1931 der Zeitschrift „Soziale Praxis“, Zentralblatt für Sozialpolitik und Wohlfahrtspflege, veröffentlichte Frau Dr. Frieda Wunderlich unter obiger Überschrift bemerkenswerte Ausführungen zur deutschen Sozialpolitik. Mit freundlicher Genehmigung der Autorin und der Schriftleitung bringen wir die Ausführungen hier zur Wiedergabe, ohne daß wir uns dieselben samt und sonders zu eigen machen. Wir glauben aber im Hinblick auf die mit Leidenschaft geführten Auseinandersetzungen um die Sozialpolitik dieselben unseren Mitglieðern nicht vorzuenthalten zu sollen und bitten um Meinungsäußerung dazu aus unseren Kollegenkreisen. D. R.

Seit Kriegsende gibt es Konjunkturen der Sozialpolitik, wie es Konjunkturen der Wirtschaft gibt. Die Aufschwungsperioden — erfüllt von Optimismus und vom Drang zur Expansion — werden abgelöst von Ebbeperioden, die sich schon zweimal zur Krise vertieft haben. 1923 und 1930 schienen die Fundamente von Sozialpolitik und Wohlfahrtspflege zu wanken. Alt Anerkanntes wurde in Zweifel gezogen, neu Aufgebautes als Fehlkonstruktion abzutragen gesucht. In beiden Perioden ist es die Sozialversicherung, gegen die sich starkes Mißtrauen geltend macht, ist es die Wohlfahrtspflege, die sich gegenüber einem ungeheuren Ansturm der Not durch Besinnung auf ihre Grenzen und ihre Möglichkeiten zu behaupten sucht. In beiden Perioden sind es zwei grundsätzliche Vorwürfe, die man gegen die Sozialpolitik erhebt: der Vorwurf, daß sie die Wirtschaft untragbar belaste, und der, daß ihre Maßnahmen zugunsten einer Schicht andere Schichten schädigen. Allerdings ist der letzte Vorwurf angesichts des Arbeitslosenheeres, dem heute der größte Teil sozialpolitischer Mittel zufließt, allmählich verstummt. Das Ressentiment der von der Krise in ihrer selbständigen Existenz Gefährdeten hat sich von den Arbeitnehmern den Beamten zugewendet.

Aber ebenso wie 1923 hat die Not der Zeit, die wirtschaftliche Erschwerung der Sozialpolitik und die sozialpolitische Erschwerung der Wirtschaft, eine Kritik an Zielen und Mitteln unserer Sozialpolitik hervorgerufen, die heute, ebenso wie damals, nicht nur die Methoden trifft, sondern die Frage der Tragbarkeit überhaupt aufwirft. Allerdings ist der Angriffspunkt nur bei der Sozialversicherung als einem Eingriff der öffentlichen Hand in den Verteilungsprozeß der gleiche geblieben. Glaubte man im übrigen 1923, dem Staat den Vorwurf machen zu müssen, daß sein schwerfälliger bürokratischer, kostspieliger Apparat als besonders lastend empfunden werde, während auch der Arbeitnehmer sich seiner Hilfe gegenüber als Objekt fühle, so hat sich inzwischen an der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung gezeigt, daß auch eine als Selbstverwaltung geplante Einrichtung zu einer in hohem Maße bürokratischen Institution werden kann, die den Massen fremd und kalt erscheint. Sie steht heute stärker im Lichte öffentlicher Kritik als die reine Verwaltung des Staates.

Von zwei Seiten her ist das Vertrauen in die Sozialpolitik erschüttert. Der Unternehmer, der in ihr niemals mehr als eine ihm aufzuzwangene Last gesehen hat, erklärt, diese Last heute nicht mehr tragen zu können: Steuerdruck, mitveranlaßt durch Wohlfahrtsausgaben, Schmerzensgeld, das man ihnen zahlt, damit sie den Apparat nicht gefährden.

In einem Argument stimmen die gegensätzlichen Kritiker der Sozialpolitik überein: in der Begründung, daß wirksame Hilfe nur von der Wirtschaft kommen kann. Damit ist denen, die die enge Verbundenheit der Wirtschaft mit Sozialpolitik und Wohlfahrtspflege kennen, nichts Neues gesagt — die Forderung nach Sozialpolitik aber auch nicht widerlegt. Die Erkenntnis, daß das freie Spiel der Kräfte nicht nur politisch und moralisch unerträgliche Mißstände hervorgerufen hat, sondern auch in unzumutbarer Bewirtschaftung des Arbeitsvermögens die Wirtschaft ihr Ziel höchstmöglicher Ergiebigkeit nicht erreichen ließ, wird heute kaum noch bestritten. Mit Recht hat Briefs auf der Tagung der Gesellschaft für Soziale Reform in Mannheim betont, daß die Sozialpolitik der Nachkriegszeit den Glauben an den liberalen Mythos, den Glauben an die unantastbare Eigengesetzlichkeit der Wirtschaft verloren hat. Wenn die Sozialpolitik aus den „Roten-Kreuz-Diensten hinter der Front“ in die Front getreten ist, wenn sie von primitiven Schutzmaßnahmen zu Eingriffen übergegangen ist, die den Wirtschaftsaufbau in andere Bahnen leiten könnten, so sind neben der sozialen Umschichtung — die zwei Drittel der Bevölkerung zu Arbeitnehmern werden ließ, das Bürgertum schwächte, die Mittelschichten in die Gefahr brachte, zerrieben zu werden — und den geistigen Umschichtungen, die sich daraus ergaben, auch die wachsenden Unverhältnis-

mäßigkeiten der Wirtschaft als Ursache anzusehen. Unverhältnismäßigkeiten, die das Inflationswort „Deutschland verhungert bei vollen Scheunen“ zur Wirklichkeit werden ließen, und die in der Welt die Überzeugung weckten, daß Ausweitung der Produktion ohne Absatzmöglichkeit und ohne gleichzeitige Hebung des Lebensstandards der Massen ein Unfug ist. Wird von Unternehmerseite die Forderung erhoben, die Marktstörungen der kapitalistischen Wirtschaft wieder herzustellen, so wird der Sozialpolitiker die Gegenforderung erheben müssen, nicht mit Öffnung der Ventile zu beginnen, die die Sicherung der sonst frei schwebenden Schichten beseitigen. Wenn die starke Hemmung der Marktautomatik die Sanierung der Krise verlangsamte, so wird der Sozialpolitiker sich zunächst gegen jene Hemmungen wenden, deren Beseitigung nicht zur Schädigung der Arbeits- und Volkskraft führen kann. Das sind heute Protektionismus und die Fülle jener anderen merkantilistischen Maßnahmen, die einer Wirtschaftsgruppe Gewinnsicherung auf Kosten der anderen — oft erfolglos — zu verschaffen suchen.

Andererseits bedeutet die grundsätzliche Verteidigung der Sozialpolitik nicht, jede ihrer Fehlkonstruktionen zu schützen. Die starke wirtschaftliche Dynamik sozialpolitischer Maßnahmen und Einrichtungen, die nicht nur von deren Größe, sondern auch von der Widerstandskraft der Wirtschaft abhängig ist, muß in Zeiten der Wirtschaftsgefährdung sorgfältig verfolgt werden. Kein Zweifel, daß sie sich heute über die Belastung der öffentlichen Finanzen krisenverstärkend auswirkt, daß von der Finanzdesorganisation ein konjunkturelähmender Druck ausgeht.

Kein Wunder, daß die Korrespondenz von Wirtschafts- und Sozialpolitik fehlt, da die Erkenntnis ihrer Zusammenhänge in den politisch führenden Schichten noch sehr jungen Datums ist. Noch 1927 bei Einführung der Arbeitslosenversicherung haben die Mitglieder des Reichstags, die ihre Fraktion in Wirtschaftsfragen vertreten, sich für uninteressiert an der Arbeitslosenversicherung erklärt und alle Beschwerdeführer an die Fraktionsvertreter im Sozialpolitischen Ausschuß verwiesen. Man hat rasch umlernen müssen und noch nicht genug gelernt. Man kann von Staatsmännern und Politikern, die die Zusammenhänge von Zollpolitik und Reallohnpolitik nicht verstehen, keine Einsicht in die Zusammenhänge von Sozialpolitik und Wirtschaft erwarten.

Es ist erfreulich, daß die Vorbereitung der Reform, die den gefährlichsten und gefährdetsten Zweig der Sozialpolitik, die Versorgung der Arbeitslosen, ökonomischer gestalten soll, zunächst von Wissenschaftlern erfolgen wird. Die hier zu lösende Problematik ist eine äußerst schwierige. An keiner Stelle ist die moralische Verpflichtung, eine öffentliche Versorgung zu schaffen, so unbestreitbar wie dort, wo der Marktmechanismus Arbeitsfähige abtötet, der private Betrieb sich von ihnen entlastet und ihnen den größten Teil der Krisenkosten aufbürdet. Wer die moralische Berechtigung noch anzweifelt, würde durch die Umsturzgefahr überzeugt werden, die aus der Verzweiflung von Millionen hungernder Menschen entsteht. Andererseits ist es die Versorgung dieser arbeitslosen Massen, die Gemeinde- und Reichsetat bedroht, den Selbstkostenfaktor durch Steuern erhöht, die Kapitalbildung hindert und den ganzen Anpassungsprozeß erschwert. Der erste sozialpolitische Versuch, der die Arbeitslosenversorgung aus der Sphäre der Wohlfahrtspflege in die der Sozialpolitik hob, ist nicht geglückt. Trotzdem kann man ihn im Augenblick nicht revidieren, weil man keine so erhebliche Verbesserung schaffen könnte, daß sie die schwere Beunruhigung, die durch den Umbau entsteht, rechtfertigt. So beschränkt man sich vorläufig darauf, den Ausbau nicht vorzunehmen, der die Arbeitslosenversicherung zur Auffangeinrichtung für alle Freigesetzten machen würde, sondern dort neu zu bauen, wo der Auffang versagt, d. h. für diejenigen Gruppen, die überhaupt nicht oder nicht mehr für die verhältnismäßig klein gehaltene Arbeitslosenversicherung in Frage kommen. Die zu lösende Problematik trifft die äußerste Ökonomie (d. h. nicht Billigkeit, sondern Zweckmäßigkeit) des Apparats und die sorgfältige Auslese der tatsächlich Unversorgten.

Aus der Entwicklung der letzten Jahre zeigt sich mit voller Deutlichkeit, daß es notwendig wird, Sozialpolitik in die Wirtschaft hineinzubauen, die wirtschaftlichen Auswirkungen in ihrer hemmenden und fördernden Natur auf die Produktionsfaktoren (Arbeit und Kapital) gesondert zu verfolgen, Sozialpolitik zur

Wirtschaftspolitik werden zu lassen, sie als Produktionspolitik zum Zwecke ökonomischer Bewirtschaftung des Arbeitsvermögens auszubauen.

Ganz ebenso muß auch die Wohlfahrtspflege sich mit der Wirtschaft stärker als bisher auseinandersetzen. Es ist heute ein größerer Kreis, den wirtschaftliche Not hilfsbedürftig macht. Das Kapital, das sie, um ihr Hilfswerk leisten zu können, der Wirtschaft entzieht, wird heute schwerer von dieser entbehrt. Sie führt der Wirtschaft Arbeitskräfte zu, die ohne ihr Eingreifen nicht arbeitsfähig wären. Die Plötzlichkeit, mit der die kommunale Wohlfahrtspflege geschaffen werden mußte, die Belastung und Ausweitung, die sie dadurch erfuhr, daß Aufgaben, mit denen Wirtschaft und Sozialpolitik nicht fertig wurden, ihr zugeschoben wurden (Versorgung von Kleinrentnern, Wohlfahrtserwerbslosen usw.), hat sie planlos und zum Teil unzweckmäßig entwickelt. Planmäßige Wohlfahrtspolitik ist unsere nächste Aufgabe. Diese Aufgabe ist um so dringlicher, als das finanzielle Versagen der sozialpolitischen Institutionen (Sozialversicherung) und als Folge davon das Überschneiden der von diesen und der Wohlfahrtspflege erfaßten Personenkreise (Sozialrentner u. a.) eine neue vernünftige Abgrenzung beider Gebiete verlangen, eine Abgrenzung, die vermeidet, daß infolge der Schwächung der sozialpolitischen Mittel — wie es beispielsweise eine Minderung der Leistungen in der Invalidenversicherung sein könnte — die Leistung auf zwei Träger verschoben wird und zwei Verwaltungsstellen nebeneinander arbeiten. Nur eine großzügige Planung kann uns

davor bewahren, territorialen Egoismus zu pflegen, polizeiliche Maßnahmen wieder einzuführen, um unerwünschten Bevölkerungswanderungen zu begegnen.

Sozialpolitik und Wohlfahrtspflege sind in Gefahr. Massennotstände drohen die Planmäßigkeit, Zielstrebigkeit der Hilfe aufzuheben, sie durch Uivellierung und Schematisierung in ihrer Wirkung zu schwächen. Die belastete Wirtschaft ruft nach Abbau und Senkung der Ansprüche. Angesichts des Ansturms von allen Seiten wiederholen wir den Warnungsruf von 1923: „Sozialpolitik, Wohlfahrtspolitik ist Produktionspolitik. Sie ist nicht Abfallsprodukt einer leistungsfähigen Wirtschaft, sondern Voraussetzung der Leistungsfähigkeit“, weil sie den Gefahren begegnet, die sich aus der Unzulänglichkeit des Marktes für die Bewirtschaftung der Arbeitskraft ergeben. Es sind notwendige wirtschaftliche Funktionen, die Wohlfahrtspflege und Sozialpolitik erfüllen und die — falls beide technisch vernünftig gestaltet werden — letzten Endes die Ergiebigkeit der Wirtschaft steigern. In der Anpassung an konkrete Aufgaben und Möglichkeiten, in der Durchdenkung dynamischer Einwirkungen auf den Wirtschaftsablauf, in der Abwägung von Opfer und Erfolg liegt die Aufgabe des Sozialpolitikers. Sie wächst mit dem Verlagen der Wirtschaft, die jede Krise letzten Endes nur aus eigenen Kräften überwindet. Sie wird um so leichter, je mehr die Wirtschaftspolitik sich am Gesamtinteresse orientiert. Denn eine soziale Wirtschaftspolitik würde manche sozialpolitische Sonderinstitution überflüssig machen. Frieda Wunderlich.

Betriebsrat und Belegschaft.

Immer wieder kann man die Beobachtung machen, daß nicht nur in großen, sondern auch in kleineren und mittleren Betrieben das Vertrauen, welches den Betriebsrat in sein Amt eingesetzt hat, brüchig wird, ja ganz verloren geht. Die Belegschaft, die von den neuen Mitgliedern der Betriebsvertretungen auf Grund ihrer „Oppositionsstellung“ zum alten Betriebsrat, ihrer „schonungslosen Aufdeckung“ der „Fehler“ der alten Betriebsratsmitglieder, eine starke, nachhaltige Vertretung ihrer Interessen erwartet, sieht sich bald restlos enttäuscht, und es ist dann auch bald herausgefunden, daß der „neue“ noch viel schlechter ist als der „alte“. Denn in diesem und jenem Falle hat der wenigstens noch „so“ gehandelt, während der jetzige das ganz einfach „so“ macht. Die Kritik setzt ein, Gerüchte nehmen ihren Umlauf, und der letzte Rest von Vertrauen ist dann bald verschwunden, ohne daß vielleicht irgendwelcher direkter Beweis für eine falsche Handlung der Betriebsvertretung beizubringen ist. Gerade die heutige Zeit mit ihren Betriebseinschränkungen, Betriebsstilllegungen, Entlassungen und Arbeitszeitverkürzungen ist ein günstiger Nährboden für solche „Vertrauenskrisen“ in den Betrieben.

Es finden Verhandlungen und Besprechungen mit der Betriebsleitung statt, der Vorsitzende wird in das Büro gerufen, er verhandelt eine halbe Stunde mit dem Betriebsleiter ganz allein; irgendwer hat gesehen, daß beide gelacht haben, die Betriebsratsmitglieder „tuscheln“ zusammen, einer läßt Bemerkungen fallen usw. Die Belegschaft merkt und fühlt, daß irgend etwas vor sich geht. Entlassungen? Einschränkungen? Arbeitsknappheit? Was ist los? Keiner weiß etwas. Der Betriebsrat schweigt oder macht geheimnisvolle Andeutungen, vielleicht ist er noch selber nicht ganz im Bilde, was eigentlich werden soll und fühlt sich verpflichtet, zu schweigen. Nervosität auch bei den Betriebsratsmitgliedern, wenn es z. B. um Entlassungen geht. Die Betriebsleitung weist klipp und klar nach: Entlassungen nicht zu vermeiden. Wer aber nun — die Betriebsleitung hat schon die Namen beisammen, der Betriebsrat brauche nur seine Zustimmung zu geben, dann geht alles glatt. Das kann er aber nicht, weil er sich verantwortlich fühlt für das Schicksal seiner Kollegen und schließlich bei jedem einzelnen Gründe findet, die eine Entlassung als eine unbillige Härte erscheinen lassen. Letzten Endes bleibt ihm aber doch nichts übrig, als schließlich zu bestimmten Namen Ja und Amen zu sagen. Er weiß es im voraus, es sind immer die Unrichtigen; „das Volk“, lies: die Belegschaft, „steht auf, der Sturm bricht los.“ Warum gerade der und der, wo doch die Verhältnisse usw. usw. Der Betriebsrat macht es eben immer falsch. Er hat sich natürlich wieder einwickeln lassen. Er ist unfähig. Er hat es ja nun geschafft, daß „der“ erledigt ist. So und anders gehen die Gerüchte und Botschaften durch den Betrieb. Irgendwas sickert auch durch. Die Geschäftsleitung wollte ursprüng-

lich ganz andere. Aber der Betriebsrat, der Arbeiterrat, der hat das so gedreht . . . Und die Betroffenen finden dann schon etwas, na ja, weil . . . usw. Es ist eben immer falsch. Mag es nun Entlassungen geben, Arbeitszeitverkürzungen und -verlegungen, es ist niemals das Richtige. „Es recht zu machen jedermann, ist eine Kunst, die . . .“, behaupten dann die Philosophen und Dickhäuter unter den Betriebsvertretern. Und doch — schuld an dem ganzen, unausbleiblich gespannten Verhältnis zwischen Betriebsvertretung und Belegschaft hat schließlich immer nur die Betriebsvertretung selbst!

Gewiß hat das Betriebsrätegesetz mit Vorbedacht für die Amtszeit eines Jahres die Betriebsvertretung von der Stimmung der Belegschaft unabhängig gemacht, kein Mißtrauensvotum, keine geharnischten Proteste — es sei denn eine Klage wegen gröblicher

Die Jugend zu uns!

Schulentlassung — Beginn der Lehrzeit! Zu Ostern vollzieht sich in immer wiederkehrender Regelmäßigkeit für Hunderttausende junger Menschen dieser Wechsel zwischen bisheriger kindlicher Sorglosigkeit und der rauheren Seite des Erdenlebens. Es ist nicht gleichgültig, wer die heranwachsende Jugend in den nun beginnenden Entwicklungsjahren führt, wer ihr hilfreich zur Seite steht, wer ihr Vertrauen erwirbt. Der Kampf um die Seele dieser Jugend entbrennt jedesmal neu. Allzuleicht verfällt sie der radikalen Phrase, schnell hat Gewissenlosigkeit und Böswilligkeit den Charakter, die guten Anlagen und die besten Vorsätze dieser Jugend verdorben, wenn wir, die wir uns überzeugt und stolz christliche Gewerkschaftler nennen, tatenlos beiseite stehen.

Unsere Überzeugung, unsere Weltanschauung verpflichten uns gegenüber der schulentlassenen Jugend. Wir sind verantwortlich für den Weg, den diese junge Menschen einschlagen, Pflicht und Verantwortung gebieten uns lebhafteste Anteilnahme am Schicksal dieser werdenden Generation, deren Zuneigung, deren Achtung und Vertrauen wir nur dann erwerben, wenn wir alle uns ihrer Sorgen, ihrer Wißbegierde, ihrer Freude mit warmem Herzen annehmen. Darauf kommt es an, daß wir mitempfinden und uns in jeder Schicksalsfrage als echte, wahre Freunde der Jugend bekennen und verhalten.

Jugend ist Zukunft! Wir als Gewerkschaftler, als Kämpfer für den Aufstieg unseres immer noch mißachteten Standes, als Werkleute am Bau einer besseren Zukunft wollen und können auf die Jugend nicht verzichten. Darum: Die Jugend zu uns!

Verletzung der gesetzlichen Pflichten vor dem Arbeitsgericht — können die Position der Betriebsvertretung erschüttern. Die Stimmung der Massen ist wandelbar; sie wird meistens bestimmt von Augenblickseingebungen oder von Menschen, die das Talent haben, „Stimmung“ zu machen. Aber die Ursachen liegen doch meistens darin, daß es die Betriebsvertretung von vornherein unterläßt, den notwendigen Kontakt mit der Belegschaft zu halten. Betriebsversammlungen werden so selten wie möglich abgehalten! Dabei sind sie doch das allerbeste Mittel, um die Belegschaft zu unterrichten und Verständnis zu wecken für notwendige Maßnahmen. Man würde vielen Gerüchten und systematischen Quertreibereien von Seiten einzelner aus dem Wege gehen können, wenn man den Kollegen in einer Betriebsversammlung, mag dieselbe nun alle Kollegen des Betriebes vereinen oder nur eine betroffene Abteilung, mag sie nun nach Feierabend im Lokal stattfinden oder kurz in einer Pause oder nach Feierabend im Betriebe, mit möglichster Offenheit die Verhältnisse klarlegt und die Stellungnahme des Betriebsrats rechtfertigt. Ein offenes Wort findet immer einen guten Ort. Die Kollegen haben auch Verständnis für Zwangslagen, in welche der Betriebsrat kommt. Sie sind befriedigt, sie sind vertrauensvoller, wenn der Betriebsrat sie einmal zusammenruft und ihnen sagt: Kollegen, das und das wünscht das Geschäft von uns, nehmt Stellung dazu, sprecht euch darüber aus, wie sollen wir am besten handeln! Oder: Kollegen, so liegen die Dinge; wir haben erjucht, bei euch Material zu bekommen, um der Geschäftsleitung das Gegenteil zu beweisen, ihr wißt selbst, es ist uns nicht gelungen. Deshalb mußten wir wohl oder übel in den sauren Apfel beißen und waren froh, daß es uns noch gelungen ist, das in dieser Form zu vereinbaren. Die Betriebsleitung wollte noch ganz etwas anderes . . . Oder: Kollegen, ihr findet es unverständlich, daß wir dem Einspruch des Kollegen M. nicht stattgegeben haben. Seht, diese Dinge waren für uns maßgebend. Konnten wir da anders handeln, wenn wir uns der Betriebsleitung gegenüber nicht als Hampfmänner hinstellen wollten?

Jeder Betriebsrat wird doch wohl, wenn er ehrlich gehandelt hat, stichhaltige Gründe ins Feld führen können, die sein Handeln zu rechtfertigen vermögen. Weshalb unterlassen viele Betriebsräte diese dauernden Verbindungen mit ihren Kollegen oder suchen sie erst dann, wenn die Zeit und alle möglichen Gerüchte das Vertrauen untergraben, wenn nicht gar zerstört haben?

Es liegt also nicht immer nur an der Belegschaft, wenn das Verhältnis zwischen ihr und der Betriebsvertretung ein gespanntes wird, sondern auch die Betriebsräte haben schuld, die es nicht verstehen, an allen Vorgängen im Betriebe auch die Belegschaft zu interessieren und sie schließlich auch mitverantwortlich zu machen und nicht, wie es leider häufig geschieht, sie nachher vor vollendete Tatsachen zu stellen. Außerdem kann auch die Betriebsvertretung des Rates der Belegschaft nicht entbehren, wenn sie ihrer Aufgabe, versöhnlich zu wirken zwischen Werk und Arbeiterschaft, nachkommen will. 3.-Bl.

Lohn- und Tariffbewegung.

Lohnerhebung im Holzgewerbe. Das Reichsstatistische Amt beabsichtigt in diesem Jahre eine zweite Lohnerhebung im Holzgewerbe vorzunehmen. Die erste derartige Erhebung gelangte im März 1928 zur Durchführung. Damals wurden in 29 Vertragsgebieten und 130 Orten 1481 Betriebe mit 45 601 Arbeitern von dieser Erhebung erfaßt. Die diesmalige Löhnenquete soll in demselben Umfange und in derselben Weise ebenfalls für den Monat März erfolgen. Wir machen schon heute auf die Wichtigkeit derselben aufmerksam und weisen insbesondere die Betriebsvertretungen darauf hin mit der Bitte, darauf zu achten, daß die Berichtsbogen, die demnächst den Betrieben von behördlicher Seite zugehen, vollständig und genau ausgefüllt werden.

Polsterergewerbe Duisburg. Die mit den beteiligten Arbeitgeberorganisationen für das Duisburger Polsterergewerbe stattgefundenen Lohnverhandlungen endigten mit dem Ergebnis, daß ab 1. April 1931 die Löhne in der Spitze um 8 Rpf, von 1,22 RM auf 1,14 RM, gesenkt werden. Das Abkommen kann mit einmonatlicher Frist, erstmalig zum 31. August 1931, gekündigt werden.

Rundschau.

Frühjahreshoffnungen hegt auch die Möbelindustrie. Zwar behauptet sie immer noch die hohen Löhne seien Schuld an der Wirtschaftslage, vergißt aber dabei zu sagen, daß inzwischen eine sehr einseitige und erhebliche Lohnminderung durchgeführt wurde und der Lohnkostenanteil sowieso schon sehr klein war. Eine offenbar von Interessentenkreisen herrührende Notiz im Handelsteil der Kölnischen Zeitung läßt sich also vernehmen:

Es kann nicht Wunder nehmen, daß der Rückgang des allgemeinen Verbrauchs die Möbelindustrie besonders stark getroffen hat. Das Ausfallen der diesjährigen Möbelmessen in Köln, Stuttgart und Frankfurt kennzeichnet die Lage. Aus Kreisen der Holzindustrie hört man, daß die Fabrikanten im Laufe des vergangenen Jahres die Lagerbestände billig abgestoßen haben, zum Teil mit Verlust, um die notwendige Liquidität zu erzielen oder den Kreditrestriktionen der Banken Rechnung zu tragen. Die Holzindustrie hat damit dem Möbelhandel Gelegenheit gegeben, ihren Frühjahrsbedarf vorteilhaft einzudecken. Die Industrie hat sich durch restlose Rationalisierung und Serienarbeit in die Lage versetzt, die Preise im allgemeinen auf den Stand von 1914 zu senken, obwohl die Löhne in der Holzindustrie bisher noch etwa 100 Prozent höher liegen als in der Vorkriegszeit. Die Fabrikanten sind inzwischen zur Streckung der Arbeit übergegangen und arbeiten nur noch, soweit Bestellungen vorliegen. Man hofft in den Kreisen der Fabrikanten, daß eine ausreichend große Sollerhöhung für ausländische Hölzer und Furniere in kurzem zum Schuß unserer Forstprodukte in Kraft tritt.

Der Möbelhandel ist im übrigen bestrebt, von dem Ratenzahlungssystem frei zu werden. Das Ziel ist wieder kurzfristiger Verkauf. Es hat sich gezeigt, daß auch das bessere Publikum von dem Gebrauch eigens angefertigter kunstgewerblicher Möbel abgekommen ist; die kaufkräftigen Kreise sind gleichfalls zum qualitativ guten Serienmöbel übergegangen. Die gegenwärtige Krise ist für den Möbelhandel eine Reinigungskrise. Durch die fortschreitende Rationalisierung ist die Produktion vereinheitlicht worden; sie kommt dadurch dem auch durch das Fortfallen der Auslandmärkte (Holland, Schweiz) stark eingeschränkten Markt weitgehend entgegen. Das Geschäft des Möbelhandels erstreckt sich heute fast ausschließlich auf Möbel des täglichen Bedarfs, nämlich auf Küche und Schlafzimmer. Die Anschaffung von Herenzimmern und Speisezimmern ist sehr stark zurückgegangen. Vom städtischen Käufer werden heute meist die praktischen Reformküchen verlangt, während das ländliche Publikum vielfach noch die alte zweiteilige Küche begehrt. Auch hier bemühen sich Industrie und Handel, die Zahl der Modelle möglichst klein zu halten und nur wenige Typen auf den Markt zu bringen. Auch bei Schlafzimmern wird eine Verbilligung der Lagerhaltung und der Produktion selbst erstrebt, indem man sich bemüht, statt vier oder fünf Modelle nur eins oder zwei zu erzeugen. Die zur Verarbeitung kommenden Holzarten sind im wesentlichen dieselben geblieben.

Im allgemeinen sieht man in Kreisen des Möbelhandels den wirtschaftlichen Tiefpunkt als erreicht an und glaubt mit einem normalen Frühjahrsgeschäft zu etwas anziehenden Preisen rechnen zu dürfen.

Rationalisierungsfragen in der Mitgliederversammlung des Reichskuratoriums für Wirtschaftlichkeit. In der letzten öffentlichen Mitgliederversammlung des RKW. in Berlin erstattete zunächst das geschäftsführende Vorstandsmitglied des RKW. Otto D. Schäfer Bericht über Sinn und Zweck der Arbeiten des RKW. Gegenüber den ständigen Mißverständnissen, denen die Rationalisierung ausgesetzt sei, müsse immer wieder betont werden, daß die Rationalisierung nicht mit gesteigerter Maschinenverwendung identisch sei und sich nicht im technischen Detail erschöpfe. Technische, kommerzielle, volkswirtschaftliche und weltwirtschaftliche Rationalisierung müßten im Zusammenhang betrachtet und schließlich in den Dienst des arbeitenden Menschen gestellt werden.

Die Bobachtung der Rationalisierungsbewegung und das Einsetzen von Gemeinschaftsarbeit überall da, wo es erforderlich und möglich ist, sei die Hauptaufgabe des RKW. als der zentralen Stelle der Wirtschaftlichkeitsbestrebungen in Deutschland.

Das RKW. müsse seine völlig objektive, materiell unabhängige Stellung behalten. Die Derringerung der vom Reich dem RKW. zur Verfügung gestellten Mittel hätte dazu geführt, daß die noch verbleibenden Reserven die Aufrechterhaltung der Arbeiten des RKW.

und die Aufrechterhaltung der von ihm finanziell unterstützten über 150 Arbeitsausschüsse im ganzen Reich nur noch für ein einziges weiteres Jahr ermöglichen. Die ehrenamtliche Mitarbeit von mehr als 4000 Fachleuten auf den verschiedensten Gebieten enthalte in sich den Beweis für die Existenzberechtigung des RKW. Die für die Zeit vom 1. bis 4. Juli d. J. vom Internationalen Rationalisierungsinstitut in Genf in Aussicht genommene internationale Aussprache über den Aktiv- und Passiv-Saldo der Rationalisierung soll auf Vorschlag des RKW. den Wirtschaftlern der Welt Gelegenheit geben, die Frage zu klären, wie weit die Rationalisierung — in ihrer mehrstufigen Gestaltung gesehen — die Schuld an der internationalen Arbeitslosigkeit trägt.

Darauf sprach Prof. Dr. Wahlberg (Freiburg) über das Thema Kapitalleitung und Arbeitslosigkeit. Das Versagen der Kapitalzu- leitung, so führte der Redner u. a. aus, beruhe zum Teil darauf, daß man in der Öffentlichkeit einen falschen Kapitalbegriff habe. Heute dürfte die ganze Volkswirtschaft nur auf 50- bis 60prozentige Ausnutzung ihrer Leistungsfähigkeit laufen, was man mit Kapitalmangel begründe, während es sich in Wirklichkeit um Un- ordnung handle, denn mit denselben Kosten, also mit demselben Kapital, die wir zur Zeit haben, könnte man statt nur 60 Prozent, volle 100 Prozent leisten. Nicht Kapitalmangel, sondern Preisver- lagerung erdrosselte in Millionen von Betrieben die Konjunkturaus- dehnung.

Wahlberg machte u. a. folgende Reformvorschläge: Indegberück- sichtigung bei langfristigen Krediten und in der Bilanzrechnung; nicht feste, sondern variable Zinsen für langfristigen Kredit; nicht individualistische, sondern branchenmäßige Kapitalleitung; Ein- schränkung der Realisierung von Krediten; Reform der Kreditver- sicherung und des Auskunftswezens, letzteres nach amerikanischem Vorbild dahingehend, daß die Kreditnehmer nicht nur Selbstangaben machen, sondern auch durch Vorlage ihrer Bücher die Selbstangaben belegen.

Rohkost als Mittel gegen die Arbeitslosigkeit. Auf den ersten Blick mag diese Spitzmarke als schlechter Scherz erscheinen. Doch in dem Bestreben, die Arbeitslosigkeit zu beseitigen, erblicken mancher- lei krause und absurde Vorschläge das Licht der Öffentlichkeit. Warum soll also nicht die Einführung der Rohkost die Lösung der brennendsten Gegenwartsfrage herbeiführen?

So ging also ein Professor Dr. K. E. Nickel hin und gab im Ver- lag von E. Kurth in Röhren eine Schrift heraus mit dem Titel: „Die restlose und dauernde Beseitigung der Arbeitslosigkeit.“ Der Professor ist Anhänger der Rohkost und davon überzeugt, daß als „beste Ernährung für den Menschen nur die reife Samenfrucht der Pflanzwelt“ in Frage kommt. Das hat er selbst ausprobiert und festgelegt. „Um diese grundlegende Nahrung unmittelbar zu haben, sind einschl. des Wohnplatzes für zwei Personen etwa 20 ar bebau- ungsfähigen Gartenlandes notwendig.“ Der Staat setze also auf je 20 ar ein „nettes, kleines Eigenheim“ — kostet inklusive Boden „höchstens“ 10 000 RM — und dahinein je zwei Arbeitslose. Abge- sehen von den „höchstens 10 000 Märkern“ je Stelle für 5 Millionen Arbeitslose wäre das doch eine Patentlösung. Einen Erfolg dürfte der Autor mit seinem Vorschlag sicher haben: den einer schallenden Heiterkeit. Das wäre auch so ziemlich alles. Im übrigen ist es doch etwas gewagt, alle Arbeitslosen zu verpflichten auf eine Lebens- weise wie ein K.—Nickel. Aber man sieht wieder, was sich gewisse „Wissenschaftler“ zurechtbrauen.

Wie macht man sich unbeliebt und lächerlich? Diese Frage hat eine Beamten-Organisation, so meldet die „Deutsche Handelsmacht“, restlos gelöst dadurch, daß sie ihren Mitgliedern eine gedruckte (!!) Karte zur Verfügung stellt, die als Antwort auf irgendwelche Waren- Angebote verwandt werden soll. Sie lautet:

„In Beantwortung Ihres gest. Angebots teile ich Ihnen ergebnis mit, daß ich als Beamter außer den allgemeinen Steuern noch einen besonderen, als „Reichshilfe“ bezeichneten Abzug von meinem Ge- halt in Höhe von 2½ v. H. meines gesamten Bruttoeinkommens zu tragen habe. Schon das zwingt mich, auf Bestellungen, die nicht unbedingt nötig sind, zu verzichten. Durch die von der Regierung vorgesehene Gehaltskürzung von 6 v. H. werde ich zu einer noch weiteren Einschränkung aller irgendwie entbehrlichen Ausgaben ge- zwungen sein. Sie würden im Interesse Ihres Geschäftes handeln, wenn Sie Ihren Verband auf diese bedauerliche Konsequenz einer Wirtschaftspolitik aufmerksam machten, die die innere Kaufkraft lähmt. Mit vorzüglicher Hochachtung.“

Verbandsnachrichten.

Bekanntmachung des Vorstandes.

Für die Zeit vom 22. bis 28. März ist der 13. Wochenbeitrag fällig.

Dierteljahresschluß. Das 1. Vierteljahr des laufenden Geschäfts- jahres geht mit dieser Woche zu Ende. Vertrauensleute und Kassierer werden gebeten, die erforderlichen Vorbereitungen für die Viertel- jahresabrechnung sofort zu treffen und nach Eintreffen der Abrech- nungsformulare unverzüglich zu erledigen.

Sterbetafel.

Franz Siedl, Drechsler, 72 Jahre, Altötting,
 Franz Revering, Wagenbauer, 80 Jahre, Telgte,
 Franz Ludwig, Schreiner, 50 Jahre, München,
 Franz Kössig, Schreiner, 67 Jahre, Hannover,
 Friedrich Drossel, Tischler, 49 Jahre, Marienwerder,
 Anton Beste, Schreiner, 44 Jahre, Wiedenbrück,
 Ludwig Hillebrand, Tischler, 39 Jahre, Berlin,
 Josef Fuchs, Sägearbeiter, 32 Jahre, Tirschenreuth,
 Georg Schulz, Stellmacher, 50 Jahre, Köln,
 Adam Weinrich, Tischler, 64 Jahre, Münster,
 Karl Janßen, 49 Jahre, Berlin.

Ruhet in Frieden!

Mit solchen lächerlichen Mätzchen wollen ausgesucht die einzigen Leute, denen es heute noch erträglich geht, Eindruck machen auf Geschäftsleute, die heilfroh sind, wenn sie mit einer Schmälerei ihres Einkommens von 10 oder 20 v. H. davonkommen, die aber vielfach noch weit größere Einbußen erleiden. Millionen deutscher Volksgenossen befinden sich in einer Lage wie Schiffbrüchige auf Eischollen. Sie wissen nicht, wie lange die Schollen noch halten werden. Nur die Beamten stehen in diesem Strome auf sicherer Insel. Und ausgesucht aus ihren Reihen ertönt ein so unwürdiges Ge- winself! Nichts hat dem Ansehen der Beamtschaft in allen Be- völkerungskreisen so geschadet, wie die Maßnahmen mancher Beamten-Vereinigungen, die sich nicht schämten, Drucksachen wie die oben wiedergegebene zur Verbreitung zu empfehlen. Das Ver- fahren kommt einem organisierten Erpresserfeldzug nahezu gleich.

Zahlen. Aus der viel beachteten Rede, die der Abgeordnete Pro- fessor Dessauer kürzlich im Reichstage gehalten hat, verdienen ins- besondere die aufschlußreichen statistischen Feststellungen weiteste Ver- breitung. Allzuoft wird gerade in der Zeit wirtschaftlichen Tief- standes ohne Kenntnis der zahlenmäßigen Grundlagen rein gefühls- mäßig darauflosgeredet und dadurch das Ubel noch vergrößert. Dessauer kennt die Zahlen und wendet sie richtig an. Er sagt u. a.: „Deutschland beruht wirtschaftlich auf seiner landwirtschaftlichen und seiner industriellen Produktion. Die abgesetzte Nettoproduktion der deutschen Landwirtschaft beträgt zwischen 10 und 11 Milliarden, die industrielle Produktion mindestens 33 Milliarden, also reichlich das Dreifache. Von der Gesamtbevölkerung bildet die deutsche Landwirt- schaft 23 Prozent, die deutsche Industrie und das Handwerk 41,3 Pro- zent. Deutschland braucht beide Säulen seiner Produktion. Deshalb muß eine konstruktive Wirtschaftspolitik auf die gemeinsame För- derung beider, nicht auf die Förderung des einen der beiden auf Kosten des anderen bedacht sein. Die Toleranz der deutschen In- dustrie, insbesondere der deutschen Industriearbeiterschaft gegenüber den landwirtschaftlichen Wünschen, ist beispielgebend. Nach meiner Berechnung werden an öffentlichen Mitteln für die Landwirtschaft aus der Steuerzahlenden und aus der Konsumentenschicht annähernd 4 Milliarden aufgewandt, während für die Industrie die Zusammen- stellung dafür nur einen bescheidenen Bruchteil ergibt. So sind die Ziffern in den Etats zugunsten der Landwirtschaft etwa 400 Mil- lionen, zugunsten der Industrie etwa 120 Millionen. Rechnet man es auf die Produktionszahlen um, dann fördert die deutsche Öffent- lichkeit zu Lasten der Bevölkerung ihre Landwirtschaft mit reichlich 30 Prozent der landwirtschaftlichen Nettoproduktion, die Industrie vielleicht mit 5 Prozent. Deutschland hat zu Lasten seiner gesamten Konsumentenschicht das am meisten ausgebaute Agrarschutzollsystem, das es jemals besaß, und wie es kein anderes Land hat.“

(Fortsetzung Seite 103)

Fahrzeugindustrie, Wagen- und Waggonbau, Berufs- und fachkundliche Nachrichten.

Internationales Waggon-Kartell und deutsche Waggon-Industrie.

Im April vorigen Jahres wurde seitens der Waggonindustrien Deutschlands, Frankreichs, Belgiens, Italiens, der Schweiz, der Tschechoslowakei, Österreichs und Ungarns das sogenannte internationale Waggonkartell bzw. ein diesbezüglicher Vorvertrag getätigt. Daran schließt sich weitere Verhandlungen haben kürzlich zu einem endgültigen Ergebnis geführt. Dadurch sind Unstimmigkeiten beseitigt, die eine bessere Ausnutzung der Produktionskapazität der deutschen Waggonindustrie gewährleisten sollen. Durch eine schriftliche Vereinbarung vom 17. 2. zwischen der deutschen und französischen Waggonbauindustrie einerseits und Deutschland, Frankreich und Belgien andererseits ist eine Einigung über die Ausführungsbestimmungen des internationalen Kartells erzielt worden, die im wesentlichen den deutschen Forderungen Rechnung trägt. Die Klagen der deutschen Waggonindustrie bezogen sich in der Hauptsache auf eine zu geringe Quotenzuteilung, der gegenüber die französische und belgische Quote zu hoch seien. Durch diese oben gemeldete Vereinbarung wird der deutschen Waggonbauindustrie ein konkreter Anspruch auf Aufträge der französischen Bahn eingeräumt, soweit diese Aufträge nicht von den französischen Bahnfabriken selbst ausgeführt werden. Bisher war die französische Waggonindustrie nicht in der Lage, infolge Arbeitsüberhäufung die ihr zugewiesene Quote auszunutzen. Von Wichtigkeit bei dieser Regelung ist, daß die französischen Inlandsaufträge nicht auf die deutsche Quote aufgerechnet werden. Außerdem überläßt die französische Waggonbauindustrie der deutschen einen Teil ihrer Exportaufträge, dessen Umfang nach der Größe der deutschen Inlandsaufträge bemessen werden soll. Auf diese Weise erhält die deutsche Waggonbauindustrie die Möglichkeit, einen eventuellen Ausfall des inländischen Absatzes durch Ausführung französischer In- und Auslandsaufträge auszugleichen.

Das Abkommen, welches zwischen Deutschland, Frankreich und Belgien abgeschlossen wurde, bestimmt, daß der belgischen Waggonbauindustrie dieselben Vorteile eingeräumt werden wie der deutschen. Eine Vereinbarung, der grundsätzliche Bedeutung zukommt, besagt, daß eine Ausgleichsabgabe zu entrichten ist, wenn Deutschland seine Exportquote (28,8 Prozent) überschreitet. Diese Bestimmung gilt nicht nur für Deutschland, sondern auch für Belgien und für alle anderen Kartellmitglieder. Es handelt sich hier um eine Bestimmung, die sich an ähnliche Bestimmungen der internationalen Rohstoffgemeinschaft anschließt. Die neuen Vereinbarungen sind immer noch als Provisorium zu betrachten und sollen gelten bis zum 31. Dezember 1931.

Trotz der erfreulichen Verbesserung, die durch dieses Abkommen für unsere Waggonbauindustrie herbeigeführt wurde, bleiben noch eine Reihe wichtiger Fragen, die nicht nur uns, sondern sämtliche Kartellmitglieder angehen, ungelöst. Die erste dieser Fragen bezieht sich auf die sogenannten Außenseiter. England bleibt z. B. auch weiterhin außerhalb des Kartells, da die Frage der Belieferung der britischen Kolonien und Dominions nicht gelöst werden konnte. Man hat sich dahingehend verständigt, daß zunächst im Einzelfalle versucht werden soll, eine Einigung herbeizuführen, um dann auf Grund der dabei gemachten Erfahrungen den Beitritt Englands zum Kartell zu ermöglichen. Auch die französische Waggonbauindustrie gehört nicht lückenlos dem Kartell an. Es wird allerdings betont, daß sich weder die englische noch die französische Außenseiterkonkurrenz auf den Exportmärkten besonders fühlbar gemacht hätte.

Eine besonders wichtige Frage ist die der Exportfinanzierung. Nicht nur die deutsche, auch andere Waggonbauindustrien sind oft nicht in der Lage die Waggonbauaufträge zu finanzieren bzw. ausländischen Auftraggebern die oft geforderten langen Zahlungsfristen einzuräumen. Es schweben noch Verhandlungen, die darauf abzielen, daß französische Werke die Aufträge zu einem Teil finanzieren, die an die deutschen oder belgischen Waggonbauindustrien gehen. Man will auch Aufträge möglichst gemeinsam finanzieren, die innerhalb des Kartells von einem Mitglied an andere Mitglieder abgegeben werden. Wenn es gelingt, auch hier zu einer annehmbaren Verständigung zu kommen, dann dürfte dieselbe dazu beitragen, eine engere Zusammenarbeit innerhalb des Internationalen Waggonkartells herbeizuführen.

Streckung der Reichsbahnaufträge für die Waggonindustrie. Zur Zeit schweben Verhandlungen über die Auftragserteilung der Reichsbahn an die Waggonindustrie für das zweite Halbjahr 1931. Die Bemühungen der Waggonindustrie, eine Erweiterung der im ersten Halbjahr in Höhe von 70 Millionen Reichsmark zur Vergebung gekommenen Aufträge zu erreichen, sind ohne Erfolg geblieben wegen der starken Beschränkung des Auftragsprogramms der Reichsbahn. Im Gegenteil beabsichtigt die Reichsbahn, die Auftragsmenge des ersten Halbjahres weiter zu strecken bzw. für das zweite Halbjahr 1931 nur geringe zusätzliche Aufträge zu erteilen, was für die Waggonindustrie naturgemäß sehr nachteilige Folgen haben wird, zumal sie augenblicklich sehr ungenügend beschäftigt ist und auch das freie Geschäft zur Zeit völlig daniederliegt.

Zusammenschluß Deutsche Werke, Kiel — Germania-Werft. Die Presse meldet, daß zwischen Reichsfinanzministerium und Germania-Werft über den Anschluß eines Teiles der Deutschen Werke A.-G. Verhandlungen geführt wurden. Aus dieser Verschmelzung wird die Stilllegung des größten Teiles des Werkes befürchtet.

Der Betriebsausschuß hat bei den zuständigen Behörden und Körperschaften in Kiel und Berlin bereits gegen diese Pläne Stellung genommen und Antrag auf beschleunigte Anberaumung einer Aufsichtsratsitzung gestellt. Es bestehen ernste Befürchtungen, daß die Germania-Werft die Belegschaft der Deutschen Werke nur zum geringsten Teil übernehmen würde.

Die Deutschen Werke A.-G. Kiel haben schon 200 Angestellte, darunter Angestellte mit 15- bis 30jähriger ununterbrochener Dienstzeit, gekündigt. Die Belegschaft besteht zur Zeit aus 2778 Arbeitern.

Produktionsrückgang in der Kraftfahrzeugindustrie. Die Erzeugung der deutschen Kraftfahrzeugindustrie, die nach dem schlechten Jahr 1926 bis 1928 ständig gestiegen war, hat im Jahre 1929 einen Rückgang erfahren, der sich in Übereinstimmung mit der allgemeinen Wirtschaftsverschlechterung im Jahre 1930 in verstärktem Maße fortgesetzt hat. Nach den Aufstellungen des Statistischen Reichsamts (Wirtschaft und Statistik 2. Februarheft 1931) war im Durchschnitt des Jahres 1929 die Beschäftigtenzahl in der Kraftfahrzeugindustrie um rund 13 Prozent geringer als im Vorjahr. Der Wert der verarbeiteten Rohstoffe, Halb- und Ganzfabrikate verminderte sich um 14 Prozent auf 525 Millionen Reichsmark. Die Gesamterzeugung hatte 1929 einen Wert von rund 1 Milliarde Reichsmark. Der Wert des Gesamtabsatzes stellte sich auf 839 Millionen Reichsmark, wobei sich der unmittelbare Auslandsabsatz der Fabriken mit 70,8 Millionen Reichsmark etwa auf der Höhe des Jahres 1928 hielt.

Im Jahre 1930 ist das Ergebnis der Kraftfahrzeugherstellung weit schlechter gewesen. Am stärksten ist der Rückgang in der Kraftfahrzeugherstellung, die um 53 Prozent gesunken ist. Die Herstellung von Liefer- und Lastkraftwagen hat um 39 Prozent, die der Personenkraftwagen um 22 Prozent gegenüber dem Vorjahr abgenommen.

Die ausländischen Montagewerke der Personenkraftwagenindustrie haben einen verhältnismäßig größeren Produktionsrückgang als die deutschen Fabriken aufzuweisen. Ihr Anteil an der Gesamterzeugung von Personenkraftwagen ist von 24,3 Prozent im Jahre 1929 auf 21,6 Prozent im Jahre 1930 gesunken. In der Lastkraftwagenindustrie dagegen ist der Produktionsanteil der fremden Montagebetriebe annähernd der gleiche (rund 37 Prozent) geblieben. Bemerkenswert ist, daß der anteilmäßige Rückgang der fremden Montagebetriebe bei den Personenkraftwagen nur bei den Wagen bis 5 l Hubraum erfolgte, während diese Werke ihren Anteil bei den 3- bis 4-l-Wagen um 3 Prozent auf 71,3 Prozent und bei den schweren Wagen über 4 l Hubraum sogar von 30,6 und 40,9 erhöhen konnten.

Die Automobilausstellung war ein Erfolg! Am Schluß der Internationalen Automobilausstellung, die in Berlin stattfand, zieht eine der Automobilindustrie nahestehende Stelle folgende Bilanz:

Die Zahl der Besucher erreichte insgesamt die sehr beachtliche Zahl von etwa 350 000 Personen, die sich nicht zum unerheblichen Teil aus Ausländern zusammensetzte. Der geschäftliche Erfolg der Ausstellung hat unter Berücksichtigung der herrschenden wirtschaft-

lichen Depression im ganzen recht befriedigt. Da nur wenige deutsche Personenwagenfabriken ihren Erzeugungsplan auf einen einzigen Typ festgelegt haben, kann man feststellen, daß die Ausstellungserfolge ziemlich gut verteilt sind. Das Publikum hat sich zumal bei den kleinen Personenwagen den Neukonstruktionen gegenüber recht aufnahmebereit gezeigt, so daß Einzelfälle vorliegen dürften, in denen es den Fabrikanten nicht leicht fallen wird, den Lieferungsansprüchen nachzukommen. Der Lastkraftwagenbau hatte eine befriedigende Nachfrage und lebhaftes Interesse zu verzeichnen. Im

Schwerlastwagengeschäft kam es bereits auf der Ausstellung zu einer unerwarteten Zahl von Verkäufen. Dabei zeigte sich u. a., daß die seit mehr als 1½ Jahren vorliegende Zurückhaltung der öffentlichen Betriebe (Anschaffungen von Omnibussen, Feuerwehr, Müllabfuhr, Straßenreinigungs- usw. Fahrzeugen, ferner die Beschaffung von Post und Reichswehr) nicht mehr im bisherigen Umfang aufrechterhalten werden konnte und daß zum Teil ein Nachholen der bisher zurückgehaltenen Aufträge nötig wurde. Im ganzen war die Automobilausstellung also ein Erfolg.

(Fortsetzung von Seite 101)

Maßnahmen, die die Industriekrise noch verschärften, würden sich nicht nur für Deutschlands Gesamtlage, sondern ganz ausgesprochen für die landwirtschaftliche Lage übel auswirken. Unsere Ausfuhr von 12 Milliarden beschäftigt ungefähr 3 Millionen Arbeiter und erhält deren Kaufkraft. Das bedeutet für die Landwirtschaft einen großen Kunden. Gelingt es uns, aus dem Weltmarkte eine oder zwei Milliarden mehr Aufträge herauszuholen, so ist das eine ganz wesentliche Stützung für die Kaufkraft des Innenmarktes und damit für den landwirtschaftlichen Absatz, da von der Arbeiterkaufkraft bekanntlich über die Hälfte in die Ernährungskosten geht."

Welche Tätigkeiten oder Ursachen führen besonders häufig zu Unfällen? Die Unfallstatistik der Norddeutschen Holz-Berufsgenossenschaft veröffentlichte für 1929 eine interessante Zusammenstellung über die Unfallhäufigkeit bei bestimmten Tätigkeiten, die zur Vorsicht und Achtsamkeit mahnt. Es ereigneten sich Unfälle beim

	ge-meldet	ent-schädigt
Schmierem, Ölen, Putzen oder Reinigen der Triebwerke und Maschinen	124	14
Untersuchen, Probieren, Regulieren, Nachstellen, Nach-messen, Einstellen der Werkzeuge	380	46
Ingangsetzen, Stillsetzen, Umschalten	82	8
Aufstellen, Montieren, Auseinandernehmen, Abmontieren, Ausbessern und dergl.	72	11
Auflegen, Abwerfen, Einfetten oder Härzen von Riemen Kürzen, Verbinden oder Ausbessern von Riemen	96	11
Auf- oder Abspannen, Zuführen des Werkstückes oder Werkzeuges	6239	607
Zurückschlagen, Abprallen, Drehen, Kippen des Werkstückes	1662	178
Reißen, Brechen, Herausschleudern des Werkstückes oder Werkzeuges oder sonstiger Teile	862	76
Handreichungen an Maschinen, Herübergreifen über drehende Teile oder Werkzeuge	329	24
Entfernen kleiner Gegenstände (Späne, Werkstücke, abfallendes Material oder dergl. aus oder von der in Gang befindlichen Maschine)	542	54
Aufenthalt oder Arbeiten (Vorübergehen, Herantreten, Überschreiten, Durchkriechen); in der Nähe gefährlicher Stellen (laufender Maschinen, Triebwerke, Eisenbahnen, elektrische Leitungen usw.)	130	14
Spielerei, Neugier, unbefugtes Herumhantieren, Streiterei usw.	158	11
Selbsteinrückung oder Ausrückung	30	3
Plötzliche Erkrankung der Arbeiter während der Arbeit, Schreck, Krämpfe, Schwindel- oder Ohnmachtsanfälle	64	4
Auf dem Wege von und zur Arbeitsstätte	1599	106
Einwirkung dritter Personen	916	81
Fehlen oder Nichtbenutzen gebotener Schutzvorrichtungen	274	58
Unachtsames und fahrlässiges Verhalten der Arbeiter	1650	151

Berichte aus den Zahlstellen.

Aachen. Lohndruck mit all seinen unerfreulichen Begleitererscheinungen ist eine Folge der für Staat und Wirtschaft gleich gefährlichen Arbeitslosigkeit. Der sonst so oft geleugnete Arbeitswille der Arbeiter wird heute von vielen Arbeitgebern erfolgreich in die Lohnabbaurechnung einkalkuliert. Viele von ihnen haben sich mit einer tariflichen Regelung der Arbeitsbedingungen noch niemals innerlich befreundet können und war für sie ein Tarifvertrag niemals Grundlage eines wirklich ehrlichen Vertrages. Drum auch die großen Anstrengungen um die Beseitigung oder „elastischere“

Gestaltung tariflicher Bindungen. Bewegungsfreiheit für die Wirtschaft lautet die Forderung der Unternehmer. Diese Bewegungsfreiheit, die man früher den „herr-im-Hause“-Standpunkt nannte, führt zu nichts anderem als zu schrankenloser Willkürherrschaft über die von der Not stärkstens betroffenen Arbeiter. Es war nie so, daß tarifliche Regelungen der Arbeitsbedingungen nur einseitige Schutzmomente für die Arbeitnehmer waren, obwohl die Arbeitskraft wirklich eines besonders weitgehenden Schutzes gegen Ausbeutung bedarf, sondern auch dem Arbeitgeber in vielen Fällen Vorteile gewährte. Auch heute noch sind Produktions- und Preistarife für viele, ja die meisten Arbeitgeber verteidigungswerte Schutzmittel ihres Profits. Schlimmer aber als die offenen Gegner gewerkschaftlicher Vertragspolitik sind die heimlichen, sich hinter der Maske des Biedermannes verbergenden Arbeitgeber. Sie, die angeblich ärmer zu sein und schlechter zu leben als ihre „hochbezahlten“ Arbeiter und Angestellten, glauben, sie könnten ihrer Belegschaft die Notlage des Betriebes vorreden. Jeder, der auch mit Recht überflüssigen geschäftlichen Aufwand zu kritisieren wagt, versteht nach ihrer Ansicht nichts von der „Wirtschaft“ und soll schweigen.

Zu den Unternehmern, die in Fürsorge für ihre Leute fast überfließen, gehört auch eine Orgelbauanstalt in Aachen. Diese Firma beschäftigt regelmäßig 20 bis 30 Mann und stellt hauptsächlich Kirchenorgeln her. Der Geschäftsführer hat es von jeher verstanden, seine Leute an der „richtigen“ Stelle anzufassen. Trotz dem ein hoher Prozentsatz organisiert ist, gelang es in den letzten Jahren nicht mehr, einen Betriebsrat wählen zu lassen. Warum wohl? Die Betriebsleitung verstand es eben, jeden Kollegen so zu behandeln, daß er seinem Mitarbeiter gegenüber die nötige Reserve an den Tag legte, sich als bevorzugt, als Künstler, fühlte. Die Firma hatte allein den Augen davon. Die Abschaffung der tariflichen Montageszuschläge, untertarifliche Lohnzahlung jüngerer Arbeitskräfte und Fortfall sonstiger tariflicher Zuschläge und Zulagen, riefen wohl helle Empörung der Belegschaft hervor. Praktisch aber fanden diese Maßnahmen nicht den erforderlichen und möglichen Widerstand.

In letzter Zeit versuchten wir die jehige tariflose Zeit mit einem Betriebsabkommen zu überbrücken. Ein Anschlag der Firma machte nämlich bekannt, daß der Spitzenlohn eines Facharbeiters von nun ab 1,— RM bis 1,06 RM pro Stunde betrüge. Wozu denn eine Betriebsvereinbarung mit der Gewerkschaft?, meinte der Herr Geschäftsführer: Ich mache einzelvertragliche Löhne und lehne Einmischung Dritter ab und werde mit meinen Leuten schon auskommen. Dabei ließ er die Kasse aus dem Sack und durchblicken, die süddeutsche Konkurrenz sei noch billiger als er es auf Grund obengenannter Löhne wäre, und nur aus Sorge für seine Leute hätte er Aufträge beschafft.

Folgerichtig müßte die Firma nun, um „ihren Leuten dauernde Beschäftigung zu erhalten“ mit den Löhnen unter jener der Konkurrenz bleiben. Letztere hat natürlich dasselbe Ziel und da die Löhne bekanntlich für alles herhalten müssen und nach Meinung gewisser Leute immer noch weiter gekürzt werden können, wäre der Zeitpunkt nicht mehr so fern, wo Kirchenorgeln nur noch Materialkosten verursachen.

Nicht ohne bitteren Reiz ist allerdings, daß die Produkte genannter Firma überwiegend für kirchliche Zwecke bestimmt sind. Wie mancher Arbeitergroßchen wandert in der besten Absicht in den Klingelbeutel, um die Beschaffung einer neuen Kirchenorgel zu ermöglichen. Wie aber wäre der arme und edle Spender enttäuscht, wenn er sähe, wo sein Geld hinfließt und welchen Lohnanteil die fleißigen Baukünstler an einem derartigen Objekt erhielten. Aufgabe der Kirchenvorstände wäre es, hier einen entsprechenden Einfluß bei der Vergabe von Aufträgen geltend zu machen und auch die Tariftreue der Herstellerfirmen zu prüfen. Die sozialen Belange einer Belegschaft könnten von dieser Seite eine erfolgreiche Unterstützung erfahren, ohne daß das Produkt verteuert würde.

Würzburg. Einer gut besuchten Generalversammlung erstattete der Vorsitzende seinen Geschäftsbericht, in welchem er darauf hinwies, daß das Jahr 1930 der Arbeiterschaft wirtschaftliche und soziale Fortschritte nicht gebracht habe. Redner schilderte die Gestaltung der Lohn- und Tariffbewegung seit Beginn des Jahres und erörterte den gegenwärtigen Stand. In den weiteren Ausführungen des Geschäftsberichts wurde Einblick in das Versammlungs- und Bildungsweisen gegeben, ferner wurden die Veranstaltungen der Zahlstelle sowie die Bezirks- und Gaukonferenzen und der Verbandstag behandelt.

Aus dem Kassenbericht des Kassierers war zu entnehmen, daß die Einnahmen für den Verband, trotz der Wirtschaftskrise, gegen das Vorjahr gestiegen sind. Nicht erfreulich sei die Zunahme der Arbeitslosigkeit, die von Vierteljahr zu Vierteljahr höhere Ausgaben für Unterstützungen ergebe. Die Mitgliederentwicklung kann trotz der Verhältnisse als gut bezeichnet werden. Die Rechtskämpftätigkeit brachte für die Mitglieder einen großen Barerfolg. Der Kassierer schloß mit dem Hinweis, daß die Arbeiterschaft nicht dem Pessimismus verfallen dürfe, Mut und Kraft, Wille und Ausdauer möge uns für das laufende Geschäftsjahr beschieden sein, damit wir die wirtschaftlichen Schwierigkeiten meistern können. Innerlich und äußerlich gestärkt wird die Arbeiterschaft aus dieser Wirtschaftskrise hervorgehen.

Der Bericht des Jugendführers vermittelte der Versammlung einen Einblick in das Leben und Streben der Jugendgruppe. Fachliche und gewerkschaftliche Bildungsarbeit, gemeinsame Wanderungen lösten sich gegenseitig ab und gaben Kunde von der regen Tätigkeit, die innerhalb der Gruppe herrscht. Ein Vertreter des Ortskartells wohnte der Generalversammlung bei und betonte die gemeinschaftlichen Interessen der gesamten christlichen Arbeiterschaft, schilderte die gegenwärtigen Zustände im Wirtschaftsleben und hob besonders den genossenschaftlichen Zusammenschluß der christlichen Arbeiterschaft hervor. Die Neuwahl ging glatt von statten. Nach einem Appell zur weiteren Mitarbeit wurde die Versammlung geschlossen.

Jahr. In großer Anzahl waren die Kollegen der hiesigen Zahlstelle zur diesjährigen Generalversammlung erschienen. Der Vorsitzende konnte auch unsern Bezirksleiter, Kollege Baumer, herzlich willkommen heißen. Nach Verlesen des Protokolls der letztjährigen Generalversammlung erstattete der 1. Vorsitzende den Jahresbericht für 1930, aus dem zu ersehen war, daß im verfloffenen Jahre eine rege Tätigkeit herrschte. Unter anderm erwähnte er die Jubiläumsfeier der beiden Kollegen Benz und Reß, die 25 Jahre in unsern Reihen gekämpft haben. Er forderte sämtliche Kollegen auf, fest und treu zu dem Verband zu stehen und sich ein Beispiel an den beiden Kollegen zu nehmen. Anschließend an den Jahresbericht erstattete Kassierer Ambros Reß den Kassenbericht, aus dem zu ersehen war, daß auch unsere Kasse infolge der Arbeitslosigkeit stark in Anspruch genommen wurde. Wir möchten an dieser Stelle dem Kollegen Reß für seine Mühen und Opfer, die er das ganze Jahr hindurch bringt, unsern herzlichsten Dank zum Ausdruck bringen. Möge es ihm vergönnt sein, unsere Kasse noch lange Jahre zu führen.

Bei der folgenden Vorstandswahl wurde der alte Vorstand wieder einmütig gewählt. Ein Beweis, daß ihm die Kollegen volles Vertrauen entgegenbringen. Bezirksleiter Baumer sprach dann über die allgemeine Wirtschaftslage. Zum Schluß des Vortrages forderte er alle Kollegen auf, auch weiterhin Mut und Kraft aufzubringen, damit wir diese Kämpfe bestehen. Eine anschließende Aussprache bewies das hier vorhandene rege Interesse gewerkschaftlicher und wirtschaftspolitischer Vorgänge.

Bergheinfeld. In unserem Betrieb „Imprevu“ (früher Himmelsbach) haben die hiesigen Kollegen unter dem Drucke der wirtschaftlichen Krisis stark zu leiden gehabt. Waren im Jahre 1929 durchweg 120 Mann beschäftigt, so waren es im Jahre 1930 nur etwa 70, die beschäftigt waren. Von diesen war ein großer Teil aber nur einige Monate beschäftigt. So kam es, daß, wie der Generalversammlungsbericht nachwies, ein großer Teil unserer Einnahmen wieder an Unterstützungen ausbezahlt werden mußte. Erfreulich war, daß Gauleiter Erpenbeck nach 2 Jahren einmal wieder in unserer Versammlung sein konnte. Erpenbeck ging in längeren Ausführungen auf die gegenwärtige Wirtschaftslage im Deutschen Reich, wie auf die Lage in den anderen Ländern ein und betonte, daß auch die Länder mit niedrigen Löhnen prozentual eine sehr hohe Arbeitslosigkeit haben. Die Arbeitslosigkeit sei auf den verlorenen Krieg, Reparationslasten und Rationalisierung, die bei uns übertrieben sei, zurückzuführen. Es müsse von den maßgebenden Stellen alles unternommen werden, damit die Arbeitslosen wieder dem Arbeitsprozeß zugeführt werden. Die Sozialbeiträge können nicht mehr erhöht werden. Man hat der Arbeiterschaft schon bisher genug zugemutet. Mehr könne man von ihr nicht verlangen. Redner ging dann auf die Preis- und Lohnsenkungsaktion ein und gab unsere Stellung und Forderungen dazu kund. Die Ausführungen wurden mit allgemeiner Zustimmung aufgenommen. Unter Leitung des Bezirksleiters Messerer ging die Neuwahl glatt von statten. Unser Bezirksleiter hob besonders hervor, daß wir trotz den ungünstigen wirtschaftlichen Aussichten nicht mutlos werden dürfen, sondern Vertrauen auf unsere eigene Kraft haben müßten. Wenn wir diese besitzen, werden wir die schwierige Zeit meistern und überwinden. Den Wunsch der Unternehmer, durch die Wirtschaftskrise unsere gewerkschaftlichen Organisation lahm zu legen, müssen wir zuschanden machen. Innerlich gestärkt und gefestigt muß die Arbeiterschaft aus dieser Krisis hervorgehen. Deshalb sei Mut und Kraft, Wille und Ausdauer für die kommenden Monate notwendig.

Literarisches.

Deutsches Fachschulwesen, III. Abteilg.: „Die Kunstakademien, Kunst- und Kunstgewerbeschulen“ 4. auf Grund amtlichen Materials vollkommen Neubearbeitete Auflage 1931. Preis RM 1,50. Verlag Carl Malcomes in Niederramstadt/Hessen. Das „Deutsche Fachschulwesen“ ist ein Führer durch das gesamte Gebiet der Deutschen Fachschulen. Neben einem Verzeichnis der betr. Schulen gibt jede Abteilung Auskunft über Aufnahmebedingungen, Unterrichtskurse, Lehrziele, Prüfungen, Studienkosten usw. An Hand dieser Übersicht kann jedermann sich vor Beginn seiner Studien oder seiner Fachausbildung über alles Wissenswerte unterrichten, so daß die Hefte der vor der Berufswahl stehenden Jugend ein wertvoller Ratgeber sind. Aber auch den Berufsberatungsstellen, der Lehrerschaft und den in der Praxis stehenden Fachleuten wird diese Übersicht über Fortschritte und Veränderungen des Fachschulwesens sehr willkommen sein. Das Erscheinen der neuen Auflage der „Kunst- und Kunstgewerbeschulen“ ist daher sehr zu begrüßen. Das Heft wird wieder vielen gute Dienste leisten! Bisher sind erschienen: I. Die technischen Lehrinstitute. 12. Auflage, 1927. RM 2,—. II. Die Fachschulen für Textilindustrie. 12. Auflage, 1928. RM 1,50. III. Die landwirtschaftlichen Lehranstalten. 2. Auflage, 1929. RM 1,—.

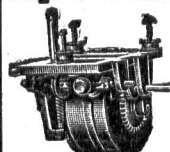
Anzeigenpreis für die viersp. Millimeterzeile 30 Pfennig. Stellengesuche und -angebote sowie Anzeigen der Zahlstellen kosten die Hälfte. Redaktion und Versand befinden sich Köln, Benloer Wall 9. Telefonruf West 5 15 46. — Redaktionsschluß ist Samstag-Mittag.
Der „Solgarbeiter“ erscheint jeden Freitag und wird den Mitgliedern unentgeltlich zugestellt — Für Nichtmitglieder ist der „Solgarbeiter“ nur durch die Post zum Preise von M. 1,— pro Monat zu beziehen. — Anzeigenannahme nur gegen Vorausbezahlung. Geldsendungen nur Postcheckkonto 7718 Köln.

Intarsien jeder Art

Katalog
gegen 0,50 Mark in Briefmarken

E. Biller, Heidelberg
Theaterstraße 711

Sprechmaschinen-Laufwerke



zum Selbsteinbauen **la. Doppelschneckenfederwerk (2 Stück 30-cm-Plattenspieler)** **Mk. 11.50**
nebst allem Zubehör nur

Regulateur- und Hausuhrwerke sowie Tonführungen
aus Holz und Metall nach Katalog

Robert Husberg, Neuenrade N 9

Original-Süddeutsche Hobelbänke

200 cm hintere Blattlänge, kompl. mit Stahlspindeln zum **Reklamepreis per Stück 74.— Mk.** ab süddeutscher Station. **Garantie für jede Bank.** Abbildungen gratis. Werkzeugkatalog gegen 30 Pfg. Briefmarken. **M. E. WALTHER,** Dresden 23, Rehefelder Straße 53